

# Erste Personalverbände verzichten auf Lohnforderungen

Wegen der Corona-Krise ist den Vertretern der Arbeitnehmer der Erhalt der Arbeitsplätze wichtiger als steigende Gehälter

Peter Burkhardt und Karin Kofler

Das gab es nicht mal in der Finanzkrise von 2008/09: Der Kaufmännische Verband Schweiz, einer der grössten Angestelltenverbände des Landes, stellt für das kommende Jahr keine Forderung nach Lohn-erhöhungen. Es ist das erste Mal seit Jahren, dass er auf eine Lohnrunde von vornherein verzichtet.

«Dieses Jahr ist die Forderung nach Lohnerhöhungen unserer Meinung nach nicht opportun», bestätigt Präsident und SP-Ständerat Daniel Jositsch. «Vielmehr ist uns wichtig, die Arbeitsplätze zu erhalten und die Arbeitgeber zu Investitionen in ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Form von Weiterbildungen zu bewegen.»

## Keine Lohnrunde in Restaurants und in Hotels

Damit ist der Kaufmännische Verband nicht allein. In der Hotellerie und im Gastgewerbe, die von der Corona-Krise wohl am schlimmsten getroffen werden, finden keine Lohnverhandlungen statt. Am 2. Juni haben die drei Arbeitnehmerorganisationen Unia, Syna und Hotel & Gastro Union mit den drei Arbeitgeberverbänden Hoteliersuisse, Gastrosuisse und Swiss Catering Association vereinbart, die Löhne der 256'600 Beschäftigten einzufrieren.

Zum einen ziehen die drei Arbeitnehmerverbände die beim Schiedsgericht hängige Klage um Erhöhung der Mindestlöhne im Jahr 2020 zurück. Andererseits wurde vereinbart, die Löhne auch im kommenden Jahr nicht zu erhöhen.

«Es wurde abgemacht, dass die Löhne für 2020 und 2021 auf dem Niveau von 2019 gehalten werden», bestätigt Urs Masshardt, Geschäftsführer der Hotel & Gastro Union. Es sei das erste Mal seit Jahren, dass seine Organisation auf Lohnforderungen verzichte. «Das Wichtigste sind in der jetzigen Situation mit Corona die Stabilität beim Gesamt-arbeitsvertrag und die Sicherung der dortigen Mindestlöhne.»

Auf Lohnerhöhungen verzichten müssen wohl auch die



Schon jetzt ist klar: Im Gastgewerbe wird es nächstes Jahr nicht mehr Lohn geben – auch für diesen Kellner in Lausanne nicht

Foto: Keystone

38'765 Angestellten der Bundesverwaltung. Denn eine Mehrheit ihrer Organisationen streicht in den Verhandlungen mit dem Bundesrat von vornherein die Segel, darunter der Personalverband des Bundes, die Gewerkschaft Transfair, die Vereinigung der Kader des Bundes und der Verband Swisspersona.

«Der Personalverband des Bundes anerkennt, dass die finanzielle Situation beim Bund angespannt ist, und hat angesichts der negativen Teuerung von einer Lohnforderung abgesehen», sagt Präsidentin und SP-Nationalrätin Barbara Gysi.

Swisspersona-Zentralsekretär Beat Grossrieder verweist darauf, dass Bundesrat Maurer in den nächsten Jahren mit weiteren Sparprogrammen rechnet. Es gehe jetzt also primär um den Erhalt der Stellen, der Löhne und der Renten. «Das hohe Defizit im Bundeshaushalt sowie die steigenden Arbeits-

losenzahlen verpflichten zu vernünftigem Handeln. Daher sind wir der Ansicht, dass in der momentanen Lage generelle Lohnforderungen nicht angebracht sind, und verzichten auf solche.»

## Management soll ebenfalls einen Verzicht leisten

Nicht mit dem Verzicht auf höhere Löhne einverstanden sind der VPOD und die Zöllner-Gewerkschaft Garanto. Der Bund müsse die harte Arbeit der Zöllner während der Corona-Zeit honorieren, begründet Garanto-Zentralsekretärin Heidi Rebsamen. «Sie haben sich grossen Risiken ausgesetzt, weil es ein faktisches Verbot gab, eine Maske zu tragen.»

Nicht zu einem allgemeinen Lohnverzicht bereit sind der Schweizerische Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsdachverband Travailsuisse, die Gewerk-

schaften Unia, Syna, VPOD, Transfair und SEV, der Bankpersonalverband sowie der Verband Angestellte Schweiz. Sie alle sagen, es gebe auch Branchen, die trotz Corona-Krise florieren. Und gerade jetzt sei es wichtig, die Kaufkraft zu stärken und den Konsum nicht noch mit Lohnverzicht zu drosseln.

Doch die grösste, üblicherweise angriffigste Gewerkschaft Unia gibt sich vor den diesjährigen Lohnverhandlungen erstaunlich milde. Ihr Sprecher Serge Gnos sagt, die Unia orientiere sich «an den realen wirtschaftlichen Entwicklungen». So kämpften Teile der Exportindustrie und die Gastronomie weiterhin mit den Verwerfungen der Corona-Krise. Da werde die Unia «dementsprechend wirtschaftlich vernünftige Forderungen» stellen, sagt Gnos.

Zu einem Verzicht auf mehr Lohn sind auch Travailsuisse, Syna,

Transfair und die Angestellten Schweiz bereit, wenn damit in Krisenbranchen Jobs erhalten werden könnten. In Branchen oder Betrieben, wo ein Arbeitsplatzverlust oder die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen drohe, sei es denkbar, auf mehr Lohn zu verzichten, sagt Travailsuisse-Präsident Adrian Wüthrich.

Die Arbeitnehmervertreter stellen jedoch Bedingungen: Nullrunden dürfe es nur dann geben, wenn Arbeitsstellen unmittelbar in Gefahr seien und so mit Garantie erhalten werden können, heisst es etwa bei der Syna. Und Stefan Studer, Geschäftsleiter der Angestellten Schweiz, sagt: «Wenn wir einen teilweisen Verzicht von Lohnerhöhungen für einen Teil der Unternehmen unterstützen würden, dann nur unter der Bedingung, dass auch das Management auf Lohnerhöhung und Boni verzichtet.»

## Meyer Burger träumt von weltgrösster Solaranlage

Der Schweizer Hersteller will 50 Millionen schwimmende Solarmodule in einem Kohle-Tagebauloch in Deutschland installieren

Die grösste Solaranlage der Welt steht in China. Der «Tengger Desert Solar Park» im autonomen Gebiet Ningxia ist 43 Quadratkilometer gross und hat eine installierte Leistung von 1,5 Gigawatt. Zum Vergleich: Leibstadt, das leistungsfähigste Schweizer Atomkraftwerk, verfügt über eine installierte Leistung von 1,2 Gigawatt.

Nun will der Schweizer Solarhersteller Meyer Burger die Chinesen übertrumpfen. Unternehmenschef Gunter Erfurt schlug kürzlich in einem Interview mit dem deutschen Lokalradio Rur vor, im Tagebau Hambach im Bundesland Nordrhein-Westfalen einen gigantischen Solarpark zu bauen. Meyer Burger könnte dafür 50 Millionen Solarmodule herstellen.

Der Solarpark hätte eine installierte Leistung von rund 10 Gigawatt. Das entspricht in etwa jener der von den Tagebauen abhängigen Braunkohlekraftwerken Weisweiler, Neurath, Niederaussem und Frimmersdorf. Damit könnten laut Meyer Burger 2,5 Millionen 4-Personen-Haushalte mit Strom versorgt werden.

Gunter Erfurt geizte nicht mit Superlativen. Er bezeichnete die Idee als «absolutes Energiewende-Megaprojekt, auf das die Welt schaut». Er glaube, Nordrhein-Westfalen könnte damit «in die Industriegeschichte eingehen». Laut Unternehmenssprecher Andreas Durisch ist die Idee «auf sehr grosses Interesse gestossen ist». Es habe erste konkrete Gespräche mit

dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie sowie anderen Vertretern der Energiewirtschaft gegeben. Jetzt sei eine Arbeitsgruppe entstanden, «die sich ernsthaft mit der Realisierung der Tagebau-Anlage beschäftigt».

Meyer Burgers Idee kommt Deutschland entgegen. Denn der Bundestag hat am Freitag vor einer Woche den schrittweisen Kohleausstieg bis spätestens 2038 beschlossen. Das betrifft unter anderem den Tagebau Hambach – den grössten Tagebau im Braunkohle-revier westlich von Köln. Dieser wird von der RWE Power AG betrieben. Das Betriebsende in

Hambach ist für 2030 geplant. Ein Sprecher sagt, das Unternehmen stehe neuen Energieformen positiv gegenüber. RWE habe das Ziel, ihren Strom bis 2040 gänzlich klimaneutral zu erzeugen.

## Bisher ungenutzte Flächen mit natürlichem Kühleffekt

Für Meyer Burger selbst wäre der Bau des Mega-Solarparks der lange ersehnte Durchbruch. Am Freitag haben die Aktionäre dem Umbau vom Zulieferer zum Modulhersteller den Weg geebnet. An einer ausserordentlichen Generalversammlung stimmten sie der dazu benötigten Kapitalerhöhung zu. Damit ist das am finanziellen Abgrund stehende Unternehmen vorerst gerettet.

Am Tag zuvor gab Meyer Burger bekannt, es wolle eine eigene Produktion von Solarzellen und Solarmodulen in Sachsen-Anhalt und Sachsen aufbauen. Geplanter Produktionsstart ist im ersten Halbjahr 2021.

Speziell am Plan für den Tagebau Hambach ist, dass die Solarmodule auf einem 36 Quadratkilometer grossen und 400 Meter tiefen See schwimmen sollen, den die RWE Power AG ohnehin erstellen will. Er wäre der zweitgrösste See Deutschlands.

Schwimmende Solarparks gibt es schon in anderen Teilen der Welt. Sie haben im Vergleich zu herkömmlichen Anlagen mehrere Vorteile: Flächen werden genutzt, die ansonsten unbrauchbar wären.

Und schwimmende Anlagen stellen aufgrund des Kühleffekts des Gewässers etwa zwei Prozent mehr Strom her. Der Standort Hambach hat laut dem deutschen Fotovoltaik-Spezialisten Uwe Rau zudem den Vorteil, dass Stromübertragungsleitungen aufgrund der bestehenden Kraftwerke bereits vorhanden sind und genutzt werden können.

Unterstützung kommt unter anderem vom nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart. Die Pläne seien «ziel führend», sagte der FDP-Politiker in einem Interview mit Radio Rur. Ein Solarpark sehe gut aus, biete dem Gewässer hervorragende Möglichkeiten und nutze die Fläche optimal. Peter Burkhardt